

## Rumäniens erste EP-Wahlen: Demokratische Partei gewinnt

Die ersten Wahlen zum Europäischen Parlament am 25.11.2007 wurden vom EVP-Mitglied Demokratische Partei (PD) mit 29 Prozent vor den Sozialdemokraten (PSD) mit 23 Prozent gewonnen. Die Liberale Partei (PNL) erreichte 13 Prozent der abgegebenen Stimmen. Ebenfalls über die 5-Prozent-Hürde kam der Ungarnverband (UDMR, 5,5%) und die Liberaldemokratische Partei (PLD, 8%)

Demnach verteilen sich die insgesamt 35 rumänischen Sitze im EU-Parlament auf die PD (13 Sitze), die PSD (10 Sitze), die PNL (6 Sitze), die PLD (3 Sitze) und die UDMR (2 Sitze). Ebenfalls ins Europäische Parlament zieht der unabhängige Kandidat Bischof Laszlo Tokes ein, dessen 3,4 Prozent für ihn als unabhängigen Kandidaten für einen Sitz im Parlament reichten.

Zu den Verlierern der Wahlen zählen die Partei PNG des Unternehmers und Präsidenten des Fussballclubs Steaua Bukarest, Gigi Becali, die in den Umfragen lange Zeit deutlich über der 5-Prozent-Schwelle stand, schlussendlich aber nur 4,8 Prozent der Stimmen erhielt. Die nationalistische Großrumänische Partei von Vadim Tudor, die in der Vergangenheit eurokritische Signale sendete, schaffte den Eintritt ins Parlament ebenso nicht wie die Konservative Partei von Dan Voiculescu. Die Hoffnungen der Christdemokratischen Bauernpartei (PNTCD), mit den Europawahlen ein Wie-deraufleben der früherer Stärke einzuleiten, zerschlugen sich mit dem Wahlergebnis von nur 1,4 Prozent der Stimmen.

Partei	Prozent	Sitze
Demokratische Partei PD	28,82	13
Sozialdemokraten PSD	23,11	10
Nationalliberale PNL	13,44	6
Liberaldemokraten PLD	7,78	3
Ungarnverband	5,52	2
Partei Neue Generation PNG	4,8	-
Großrumänische Partei PRM	4,1	-
Konservative Partei PC	2,9	-
Partei Nationale Initiative PIN	2,4	-
Christdemokratische		
Bauernpartei PNTCD	1,4	-
Rroma Partei	1,1	-
Partei Sozialistische Allianz	0,5	-
Grüne Partei	0,4	-

Ähnlich wie im Fall der anderen Neumitglieder der EU war auch in Rumänien die Wahlbeteiligung mit 29,46 % der circa 18 Millionen Stimmberechtigten niedrig. Für Rumänien bedeutet dies die niedrigste Wahlbeteiligung seit 1990.

### Wahlkampf ohne Elan

Die EP-Wahlen waren ursprünglich für Mai 2007 geplant, aber aufgrund politischen Kalküls von der Regierung auf den Monat November verschoben worden. 13 politische Parteien und ein unabhängiger Kandidat bewarben sich für die Wahlen, die nach

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO RUMÄNIEN

HOLGER DIX

03. Dezember 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/rumaenien](http://www.kas.de/rumaenien)

Verhältniswahlrecht durchgeführt wurden. Prägend für den Wahlkampf war der geringe Informationsgrad der rumänischen Bevölkerung hinsichtlich der Aufgaben des EU-Parlaments und damit verbunden eine geringe Mobilisierung der Wählerschaft. Die politischen Parteien ihrerseits nutzten die Wahlkampagne nicht, um europapolitische Themen zu befördern, sondern konzentrierten sich auf Themen wie Erziehung, Gesundheit, soziale Sicherheit und Korruption.

Das ohnehin geringe Interesse der Bevölkerung an den Wahlen wurde durch den gebremsten Elan des Wahlkampfes verstärkt. Offensichtlich waren die Parteien nicht bereit, für diese Wahlen größere personelle und finanzielle Ressourcen einzusetzen, zumal die zu vergebenen Mandate bis zu den allgemeinen Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 begrenzt sind und die Parteien in den kommenden zwei Jahren mit den Parlamentswahlen und Kommunalwahlen im Jahr 2008 und den Präsidentschaftswahlen und Europawahlen 2009 vier demokratische Wahlen zu bewältigen haben.

Die Ergebnisse der Europawahlen werden nun Ausgangspunkt für mögliche Koalitionsverhandlungen zwischen den Parteien sein. Rumänien wird derzeit von einer instabilen Minderheitenkoalition regiert, die auf nur 22 Prozent der Parlamentsabgeordneten aufbaut und im Oktober nur knapp ein Misstrauensvotum überstanden hat.

#### **Perspektiven für die EVP-Parteien**

Die drei rumänischen Mitglieder der Europäischen Volkspartei, die PD, die UDMR und PNTCD schnitten bei den Wahlen erwartungsgemäß sehr unterschiedlich ab. Die PD hätte aufgrund der vorherigen Umfragen mit einem noch besseren Ergebnis rechnen können, ist aber nun dennoch die stärkste rumänische Partei im Europäischen Parlament. Die PD hatte den Wahlkampf teilweise gemeinsam mit der Liberaldemokratischen Partei geführt, die seit ihrer Gründung zu Beginn des Jahres eine starke Anbindung an die PD betreibt und an einer Aufnahme in die EVP-ED-Fraktion interessiert sein dürfte.

Der Ungarnverband konnte offenbar wiederum die Mitglieder der ungarischen Minderheit mobilisieren, obwohl mit dem unabhängigen Kandidaten Tokes ein weiterer Kandidat um diese Wählergruppe warb. Die Christdemokratische Bauernpartei, die im Vorfeld der Wahlen einen Anschluss an die Liberalen (PNL) gesucht hatte, ist auch mit dieser Strategie gescheitert. Rechnet man die Ergebnisse von PD und UDMR zusammen, kommen die jetzigen EVP-Mitgliedsparteien auf 16 der 35 rumänischen Sitze im EP. Hinzu kann man die Sitze der PLD rechnen, die aufgrund ihrer Nähe zur PD ebenfalls dem EVP-ED Spektrum zugeordnet werden kann und mit großer Wahrscheinlichkeit einen Antrag auf Aufnahme in diese Fraktion stellen wird. Damit würden mehr als die Hälfte der rumänischen EP-Sitze an die EVP-ED-Fraktion fallen.

Die Brüche zwischen den rumänischen EVP-Mitgliedsparteien dürften sich freilich auch nach diesen Wahlen nicht schließen, zumal der Regierungspartner der UDMR, die Nationalliberale PNL ein gutes Wahlergebnis erreichte und damit eine Fortsetzung dieser Koalition – gegen die PD – wahrscheinlich ist. Das schlechte Abschneiden der PNTCD verringert die Möglichkeit einer Annäherung der PD an die PNTCD, weil es für die PD dazu nun noch weniger Anreize als vorher gibt.

#### **Referendum**

Zeitgleich mit den Europawahlen wurde auf Initiative des Staatspräsidenten ein Referendum über die Änderung des Wahlrechts durchgeführt. Für die Änderung des Wahlrechts von der Verhältniswahl zur Mehrheitswahl stimmten 81 Prozent der Wähler, allerdings wurde bei einer Beteiligung von nur 26 Prozent der Wahlberechtigten die für die Gültigkeit des Referendums notwendige Wahlbeteiligung von 51 Prozent nicht erreicht.